

GRUNDGESETZSTUDIE

ZENTRALE ERGEBNISSE

1 GROSSES VERTRAUEN IN DAS GRUNDGESETZ

75 Jahre nach Verabschiedung des Grundgesetzes ist das Vertrauen der Deutschen in ihre Verfassung groß. 81 Prozent sind der Meinung, das Grundgesetz habe sich bewährt, nur sechs Prozent sind gegenteiliger Auffassung.

2 DEUTSCHE MEHRHEITLICH GEGEN NEUE VERFASSUNG, JEDOCH MIT UNTERSCHIEDEN IN EINZELNEN BEVÖLKERUNGSGRUPPEN

Die positive Haltung der Deutschen gegenüber dem Grundgesetz ist nicht in allen Teilen der Gesellschaft gleich stark ausgeprägt. Die in Art. 146 GG verankerte Möglichkeit einer Totalrevision des Grundgesetzes ziehen nur wenige Menschen in Betracht. Lediglich 15 Prozent sprechen sich dafür aus, 68 Prozent lehnen dies ab. Unter den Anhängerinnen und Anhängern von AfD und BSW besteht aber durchaus der Wunsch, das Grundgesetz durch eine neue Verfassung zu ersetzen. Auch Personen mit Migrationshintergrund sowie Ostdeutsche teilen diese Auffassung häufiger als Westdeutsche.

3 MEINUNGSFREIHEIT UND MENSCHWÜRDE BESONDERS WICHTIG

Besonders wichtig sind den Deutschen einige der im Grundgesetz verankerten Normen und Prinzipien: Das Recht auf freie Meinungsäußerung, die Unantastbarkeit der Würde des Menschen, die Staatszielbestimmung zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen sowie die Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit.

4 DEUTSCHE SEHEN LÜCKE ZWISCHEN VERFASSUNGS- NORM UND VERFASSUNGSREALITÄT

Die Deutschen beobachten teilweise eine starke Diskrepanz zwischen Verfassungsnorm und Verfassungsrealität. Besonders schlecht umgesetzt erscheinen ihnen die „Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen“, die „Möglichkeiten direktdemokratischer Beteiligung“ sowie das „Verbot verfassungsfeindlicher Parteien“.

5 HOHES VERTRAUEN IN BUNDESVERFASSUNGSGERICHT

Das Vertrauen in die politischen und gesellschaftlichen Institutionen in Deutschland ist sehr unterschiedlich ausgeprägt. Das Bundesverfassungsgericht genießt – neben Polizei und Wissenschaft – das größte Maß an Vertrauen. Bundestag und Bundesregierung werden das geringste Maß an Vertrauen entgegengebracht.

6 GERINGES VERTRAUEN IN MEDIEN

Das Vertrauen in Medien und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk ist eher gering ausgeprägt. Jeder Vierte ist der Meinung, ARD und ZDF würden keine ausgewogene Berichterstattung bieten. Diesem Eindruck widerspricht jedoch eine relative Mehrheit von 44 Prozent.

7 DEUTSCHE MIT MIGRATIONS- HINTERGRUND UND OST- DEUTSCHE SKEPTISCHER

Deutsche mit Migrationshintergrund sowie Personen, die in Ostdeutschland sozialisiert wurden, zeigen insgesamt ein geringeres Maß an Vertrauen in die politischen und gesellschaftlichen Institutionen.

8 GROSSE MEHRHEIT DER DEUTSCHEN BEREIT, DAS GRUNDGESETZ ZU VERTEIDIGEN, ABER UNTERSCHIEDE BEI EINZELNEN GRUPPEN

Die Bereitschaft der Deutschen, für den Erhalt ihrer Verfassung einzutreten, ist insgesamt hoch: 78 Prozent erklären sich bereit, „das Grundgesetz gegen verfassungsfeindliche Bestrebungen“ aktiv zu verteidigen. Unter Frauen, Deutschen mit Migrationshintergrund sowie Personen mit geringem Einkommen fallen diese Werte niedriger aus. Die geringste Bereitschaft zur Verteidigung des Grundgesetzes findet sich mit 48 bzw. 58 Prozent unter den Anhängerinnen und Anhängern von AfD und BSW.

9 DEUTSCHE MEHRHEITLICH FÜR VERPFLICHTENDEN DIENST: SOZIALES JAHR FINDET MEHR ZUSTIMMUNG ALS WEHR- PFLICHT

Eine Mehrheit der Deutschen befürwortet die Einführung eines verpflichtenden Dienstes. Ein soziales Pflichtjahr für Männer und Frauen findet bei einer absoluten Mehrheit von 64 Prozent Zustimmung, der Wiedereinführung der seit 2011 ausgesetzten Wehrpflicht stimmt eine relative Mehrheit von 45 Prozent zu.

10 ÜBER 70 PROZENT SEHEN DEUTSCHLAND ALS EIN- WANDERUNGSLAND

Deutschland wird von über 70 Prozent der Befragten als Einwanderungsland wahrgenommen. Unterschiede existieren dabei vor allem hinsichtlich des Bildungsniveaus und der politischen Orientierung. Das größte Maß an Widerspruch findet sich bei den Anhängerinnen und Anhängern der AfD. Selbst unter ihnen sehen aber zwei Drittel Deutschland als Einwanderungsland.

11 GROSSE MEHRHEIT FÜR BEIBEHALTUNG DES GRUNDRECHTS AUF ASYL

Einer Streichung des Grundrechts auf Asyl aus dem Grundgesetz stimmen nur 16 Prozent der Deutschen zu. Eine relative Mehrheit von 38 Prozent fordert gleichwohl, die Zuwanderung nach Deutschland einzuschränken, wobei ein weiteres Drittel eher unentschlossen ist. Außerdem zeigen sich die Einstellungen zum Thema Zuwanderung stark von politischen Orientierungen und demografischen Merkmalen abhängig.

12 ACHTUNG DES GRUND- GESETZES ALS VORAUS- SETZUNG FÜR EINBÜRGERUNG

Von Menschen, die sich um die deutsche Staatsbürgerschaft bemühen, fordern die Deutschen, dass sie „die Werte des Grundgesetzes achten und respektieren“ (97 Prozent). Als wichtig werden auch Spracherwerb (89 Prozent) und Lebensunterhaltssicherung (84 Prozent) angesehen.